

GASTKOMMENTAR *Dumeni Columberg zum russischen Angriffs- und Eroberungskrieg gegen ein freies, souveränes und demokratisches Land*

Alle wurden getäuscht!

M

Mit unbeschreiblichem Jubel und grenzenloser Begeisterung feierte die westliche Welt am 9. November 1989 den Fall der Berliner Mauer. Endlich war der Eisenerne Vorhang weg und der Kalte Krieg beendet. Als Mitglied des Europarates konnte ich diese historischen Ereignisse an vorderster Front miterleben. Bereits 1991 brach das riesige kommunistische Imperium UdSSR auseinander. Mit Enthusiasmus wurden die Vertreter der neuen Staaten in Strassburg begrüsst – allen voran aus Polen mit seinem Freiheitshelden Lech Walses. Unvergesslich bleibt der epochale Auftritt des russischen Staatspräsidenten Michail Gorbatschow vor der parlamentarischen Versammlung. Mit seinem Reformprojekt Perestrojka und Glasnost hatte er das Ende des totalitären Regierungssystems eingeleitet. Mit Überzeugung sprach er vom gemeinsamen «Haus Europa», in dem es auch eine Wohnung für die neu formierte Russische Föderation gäbe. Man träumte vom ewigen Frieden.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion wollten die vom totalitären System befreiten Staaten sofort demokratische Verhältnisse einführen und dem Europarat beitreten, einer Institution, die als Tempel der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit gilt. Als Sprecher des Rechtsausschusses hatte ich das Privileg, einige Länder auf den Weg zur Demokratie zu begleiten. Eine Voraussetzung für den Beitritt waren etwa die Durchführung von freien und fairen Wahlen und die Schaffung unabhängiger Gerichte. Zwischen 1990 und 2001 wurden zwölf ost- und mitteleuropäische Staaten in den Europarat aufgenommen.

Ich selber durfte die Aufnahme von Bulgarien (1992), Albanien (1995), Moldau (1996) und Armenien (2001) betreuen. Es war eine spannende und anspruchsvolle Aufgabe, verbunden mit einer intensiven Auseinandersetzung mit anderen Völkern, Kulturen und politischen Mentalitäten. Allerdings war dieser Demokratisierungsprozess



Vom 5. bis 10. Juni 1995 durfte eine **Sondermission** mit einem schwer bewaffneten russischen Armeehelikopter das **Kriegsgebiet Tschetschenien** besuchen.

auch mit erheblichen Schwierigkeiten und mit schweren Rückschlägen verbunden.

Auch die Russische Föderation wollte dem Europarat beitreten, nachdem sie bereits 1992 den für Osteuropa geschaffenen Sondergästestatus genossen hatte und den Beratungen der parlamentarischen Versammlung beiwohnen durfte. Unvergesslich bleibt mir die Behandlung des Aufnahmege-suchs im Januar 1996 in der Duma in Moskau. Mein Schweizer Kollege, Nationalrat Ernst Mühlemann, plädierte mit Begeisterung für die sofortige Aufnahme, während ich als Vertreter des Rechtsausschusses der Meinung war, ein solcher Schritt sei verfrüht, weil das grosse Imperium noch kein Rechtsstaat sei. Zum Glück wurde ich vom Staatsrechtsprofessor René Rhinow unterstützt. Wir wurden jedoch überstimmt und bereits zehn Tage später beschloss die parlamentarische Versammlung grossmehrheitlich, Russland in den Europarat aufzunehmen.

In der Folge hatten wir ein gutes Einvernehmen mit den russischen Abgeordneten. Im Rahmen einer Sonder-

«

Ein Ende dieses schrecklichen Krieges ist nicht absehbar.

»

mission durfte eine Delegation im Juni 1995 sogar das vom Krieg total zerstörte Tschetschenien besuchen. Das Bild der zerbombten Hauptstadt Grosny hat mich tief berührt und erinnert mich heute an die Gräueltaten in Mariupol und Butscha. – Nach dem Vernichtungskrieg gegen die Ukraine hat Russland am 17. März 2022 den Europarat wieder verlassen und ist einem Ausschluss zuvorgekommen.

Bis 1999 entwickelte sich die Zusammenarbeit zwischen Russland und Europa sehr positiv; auch unter der Führung von Boris Jelzin. Mit der Machtübernahme von Wladimir Putin änderten sich die Zeiten grundlegend. Offensichtlich konnte er jahrelang seine Sehnsucht nach der Wiederherstellung des zaristischen Imperiums genial kaschieren. Als Spezialist des Geheimdienstes war er dafür bestens geschult! Viele einflussreiche Persönlichkeiten glauben an den ewigen Frieden und liessen sich von Putins Eroberungsstrategie täuschen. So ergab sich mit der Zeit eine enge Anbindung an Russland mit einer verhängnisvollen wirtschaftlichen Abhängigkeit (zum Beispiel Öl und Gas). Gleichzeitig rüsteten verschiedene Länder massiv ab, allen voran Deutschland. Nach dem 24. Februar 2022 waren viele Regierungen gezwungen, eine fundamentale Kehrtwende vorzunehmen und den Verteidigungs-etat erheblich aufzustocken.

Die ersten Alarmzeichen dieser Expansions- und Eroberungspolitik wur-



Kontrahenten bei der **Behandlung des Aufnahmege-suches Russlands**, Nationalrat Ernst Mühlemann (links) und Dumeni Columberg im Januar 1999. (FOTOS ZVG)

den übersehen, wie die Besetzung von Ossetien und Abchasien im Grenzkrieg mit Georgien (2008) und die Anerkennung des abtrünnigen Territoriums Transnistrien (Moldau) mit der Stationierung der 14. Russischen Armee unter dem berühmten General Alexander Lebed. Sogar die Annexion der Krim im Jahr 2014, verbunden mit dem Einmarsch in der Ostukraine, löste keine starke Intervention des Westens aus. Man begnügte sich mit leisen Protesten und Wirtschaftssanktionen, die weitgehend wirkungslos blieben.

Ein unerwarteter Schlag zur Wiederherstellung des russischen Imperiums erfolgte am 24. Februar 2022 mit dem brutalen Einmarsch in die Ukraine. Eine Tragödie ungeheuerlichen Ausmasses, die niemand sich noch vor einigen Monaten hätte vorstellen können! Auch wenn jeder Krieg schrecklich ist, hat die freie Welt keine andere Wahl, als diesen Überfall auf ein demokratisches und souveränes Land mit aller Entschlossenheit abzuwehren. Es geht um einen Entscheid zwischen liberalen Demokratien oder autoritären Alleinherrschaften sowie um die Verteidigung fundamentaler Werte unserer Zivilisation. Zum Glück tritt die freie Welt mit einer beeindruckenden Geschlossenheit auf und bekämpft mit einem enormen Einsatz diesen grauenhaften Vernichtungskrieg.

Ohne ein geeintes und entschlossenes Handeln wird Alleinherrscher Putin seine Vision des russischen Impe-

riums ohne Rücksicht auf Menschenleben und gewaltige Zerstörungen fortsetzen. Ich befürchte, dass die kleine Moldau und Georgien die nächsten Opfer dieser Aggression sein könnten. Dank dem heldenhaften Widerstand der Ukraine ist Putins Blitzkrieg gescheitert. Mit grosser Spannung hat die Welt die traditionelle Militärfier mit der gigantischen Machtdemonstration vom letzten Montag auf dem Roten Platz verfolgt. Die befürchtete Generalmobilmachung wurde nicht verkündet. Man muss jedoch jederzeit mit Überraschungen rechnen, denn Putin ist unberechenbar. Ein Ende dieses schrecklichen Krieges ist nicht absehbar und ein dritter Weltkrieg nicht völlig ausgeschlossen. Die Hoffnung auf Frieden darf jedoch nie schwinden.

Dieser fragmentarische Rückblick zeigt, dass die Bemühungen zur Einbindung Russlands in Europa seit der Machtübernahme Putins erfolglos waren. Er hat alle getäuscht, und viele liessen sich von ihm blenden. Unverständlich, dass es noch heute Menschen gibt, die für das brutale Vorgehen dieses Autokraten Verständnis haben.

DUMENI COLUMBERG gehörte von 1988 bis 2000 als Schweizer Vertreter der parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg an. In Missionen und als Wahlbeobachter hat er sich mit dem Demokratisierungsprozess in den mittel- und osteuropäischen Ländern befasst.

GASTKOMMENTAR *Sabine-Claudia Nold über Religions- und Meinungsfreiheit*

Zweifel zulassen – billige Antworten hinterfragen

K

Kirche schafft auch ausserhalb ihrer Mitglieder eine gesellschaftliche Identität und stiftet mit ihrem sozialen und kulturellen Engagement einen nötigen Zusammenhalt – dennoch scheuen wir zunehmend das Bekenntnis zu den christlichen Wurzeln unseres Kulturkreises. Es ist unbestritten, dass der christliche Glaube in der Vergangenheit zunehmend ins Privatleben verbannt wurde, dennoch ist die Religion nach wie vor eine starke gesellschaftliche Kraft. Wenn auch verändert: Die Religionslandschaft ist vielfältiger und individualisierter geworden. In der Begegnung und Auseinandersetzung mit anderen Kulturen ist bei uns Christen nicht selten eine Selbstverleugnung zu beobachten, die sich als Toleranz gegenüber dem Anderen versteht. Diese Haltung stärkt jedoch viel zu oft jene, denen gerade nicht an Toleranz gelegen ist: Fanatiker, Populisten, Demagogen.

Wir leben in einer Demokratie – und Demokratie lebt nicht von Selbstverleugnung, sondern vom Diskurs und der gegenseitigen Verständigung auf gemeinsame Werte. Unsere vom Christentum geprägte Geschichte beeinflusst seit jeher auch unsere demokratische Kultur des Diskurses und des Kompromisses. Den Anderen anhören und dessen Anliegen verstehen wollen, ist die wesentliche Voraussetzung für eine demokratische Staatsform. Verständnis für andere Sichtweisen setzt jedoch das Bewusstsein einer eigenen Identität voraus – Klarheit darüber, was uns als Schweizerinnen und Schweizer ausmacht. Verständnis für andere bedeutet auch, das Gemeinsame und Verbindende über das stellen zu können, was unterscheidet und trennt. Im Anderen den Mitmenschen zu sehen, ist wichtiger, als die Unterscheidung zwischen religiös und nicht-religiös, zwischen weiblich und männlich, politisch rechts- oder linksstehend und so weiter.

Ein kritischer Blick auf unsere Demokratie sei erlaubt: Viele Jahre lang gab sich der Staat als überparteilich-

che Institution, die alle Bürgerinnen und Bürger gleich behandelt. Unbesehen davon, ob dies den Tatsachen entsprach, war diese Inszenierung wertvoll: Andere Sichtweisen und abweichende Meinungen wurden toleriert und geschützt. Voraussetzung für einen demokratischen Diskurs sind unterschiedliche Ansichten. Sowohl in der Religion als auch in Wissenschaft und



«Es gibt die Tendenz, dass Bevormundung in Demokratien zunimmt.»

Politik bringen andere Sichtweisen und Ansichten die gemeinsame Suche nach guten Lösungen voran.

Eine Demokratie braucht nicht nur eine Kultur des Glaubens, sondern auch eine Kultur des Fragens und des Diskutierens. Nebst der Religionsfreiheit ist die Meinungsfreiheit konstitutiv für eine Demokratie. Sie verhindert intellektuelle Trägheit, argumentative

Fantasielosigkeit und politischen Opportunismus.

Doch was, wenn ein demokratisches Staatswesen sich zunehmend als Weltanschauungsagentur gebildet? Wenn es den Bürgern einen bestimmten Lebensstil vorschreiben will, Essensvorschriften in Erwägung zieht, ausschliesslich eine Antwort auf medizinische Fragen als richtig deklariert, bestimmte sprachliche Ausdrucksformen einfordert, Bücher verbietet oder Geschichte umschreiben lässt? Wenn Repräsentanten eines Staatswesens Andersdenkende bis ins Privatleben ausschnüffeln lassen und vielleicht sogar verfolgen? Es gibt die Tendenz, dass solche Bevormundung auch in Demokratien zunimmt.

Können Religion und theologische Argumente in diesem Bereich Gegensteuer geben? Die christliche Theologie ringt um Antworten auf letzte Fragen, sie lenkt den Blick über Vordergründiges hinaus; Theologie versucht eine überzeitliche Perspektive einzunehmen. Fragen, Zweifel und Diskussion des Vordergründigen bilden so-

mit gewissermassen ihre DNA. Theologie ist die Basis eines mündigen Glaubens; eine Denkhaltung, die anstrengend ist und stetig geübt werden muss. Die Arbeit der Theologen, im Verbund mit der Meinungsfreiheit, kann dazu beitragen, die Demokratie vor (religiösem und politischem) Fundamentalismus zu bewahren.

Als Christen sollten wir nicht aufhören, Zweifel zuzulassen, billige Antworten zu hinterfragen und mit Andersdenkenden im Diskurs zu bleiben. Nicht nur in religiösen Angelegenheiten. Dialogfähigkeit setzt eine gefestigte persönliche Identität voraus – die nicht mit Sturheit zu verwechseln ist. Dialogfähigkeit erfordert den Blick über das Vordergründige hinaus; sie erfordert den unbedingten Willen zur gegenseitigen Verständigung. Theologisch verantwortete Ausübung der Religion kann den einzelnen Bürger durchaus in seinem Bemühen stärken, eine gesunde Demokratie zu erhalten.

SABINE-CLAUDIA NOLD hat Theologie und Altertumswissenschaften studiert. Die Pfarrerin arbeitet auch als Journalistin und wohnt in Andeer.